



GIDEON RACHMAN

WELT DER

AUTO-



KRÄFTEN

Wie Xi,
Putin, Trump
und Co. die
Demokratie
bedrohen

WELTKIOSK



W WELTKIOSK
LONDON BERLIN

GIDEON RACHMAN

WELT DER AUTOKRATEN

Wie Putin, Xi, Trump und Co.
die Demokratie bedrohen



WELTKIOSK
LONDON BERLIN

www.weltkiosk.com

© **WELTKIOSK**

Pappelallee 78-79, 10437 Berlin, Germany

1. Auflage, 2022

Alle Rechte vorbehalten.

Aus dem Englischen von Matthias Hempert

Die englische Originalausgabe *The Age of the Strongman. How the Cult of the Leader Threatens Democracy around the World* erschien 2022 bei Bodley Head/Penguin Random House.

Art Direction: Paul Finn, Fitzroy & Finn

Umschlaggestaltung: BASICS09

Satz: Thorsten Kirchhoff

ISBN 978-3-942377-25-6

eISBN 978-3-942377-26-3

*In Erinnerung an
Jack Rachman (1938-2021)*

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort zur deutschen Ausgabe

Einleitung

- 1 Wladimir Putin
- 2 Recep Tayyip Erdoğan
- 3 Xi Jinping
- 4 Narendra Modi
- 5 Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński
- 6 Boris Johnson
- 7 Donald Trump
- 8 Rodrigo Duterte
- 9 Mohammed bin Salman
- 10 Jair Bolsonaro
- 11 Abiy Ahmed
- 12 Angela Merkel, Emmanuel Macron und Europas Kampf gegen die Autokraten
- 13 George Soros und Steve Bannon

Epilog: Joe Biden in der Welt der Autokraten

Danksagung

Anmerkungen und Quellen

VORWORT ZUR DEUTSCHEN AUSGABE

Die letzte Zeile dieses Buches schrieb ich im Dezember 2021. Meine Vorhersage, dass die Welt der Autokraten noch »zu vielen Wirren und viel Leid« führen würde, wurde dann schneller bestätigt, als ich angenommen hatte. Am 24. Februar 2022 marschierten russische Truppen auf Befehl von Präsident Wladimir Putin in die Ukraine ein. Binnen weniger Wochen waren über zehn Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer zur Flucht gezwungen, Tausende Soldaten und Zivilisten waren ums Leben gekommen und die Küstenstadt Mariupol vollkommen zerstört.

Putin war der erste autokratische Führer — der Archetyp. Das allein bedeutet, dass die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine tatsächlich global sind. Ein Erfolg der Russen könnte andere *strongmen* dazu verleiten, ebenfalls auf Kriege zu setzen. Eine Niederlage der Ukraine, während die Vereinigten Staaten abseitsstünden, könnte gar einem chinesischen Angriff auf Taiwan den Weg bereiten.

Doch das frühe Stadium des Kriegs verlief schlechter, als Putin es angenommen hatte. Der russische Führer schien davon ausgegangen zu sein, dass sein neuester Angriff auf die Ukraine dem Muster von 2014 folgen würde. Damals gelang Russland die schnelle Annexion der Krim praktisch kampflos. Die Sanktionen, die der Westen daraufhin verhängte, fügten der russischen Wirtschaft keinen nennenswerten Schaden zu.

Die Invasion von 2022 folgte diesem Muster nicht. Die ukrainischen Streitkräfte leisteten erbitterte Gegenwehr. Russland gelang es nicht, im ersten Monat des Kampfes auch nur eine große Stadt einzunehmen. Manchen Berichten zufolge verlor Moskau so viele Soldaten binnen eines Monats in der Ukraine (15000) wie in zehn Jahren des russischen Kriegs in Afghanistan (1979-89). Die Sanktionen, die die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten in Europa und anderswo verhängten, waren viel härter, als der Kreml erwartet hatte — wie Russlands Außenminister Sergej Lawrow später einräumte. Insbesondere die Entscheidung, die Auslandsvermögen der russischen Zentralbank einzufrieren, bedrohten die Fähigkeit des Kremls, wichtige Importe zu sichern und seine Auslandsschulden zu bedienen.

Die Fehler, die Putin bei der Vorbereitung der Invasion gemacht hatte, lassen sich direkt auf die Schwächen zurückführen, die autokratischer Herrschaft innewohnen. Ein System, das vom Urteil und von der Klugheit eines einzelnen Mannes abhängt, ist stets anfällig für katastrophale Fehler. Putin regiert Russland heute wie ein Zar — mit größerer persönlicher Autorität, als sie selbst der Generalsekretär der Kommunisten Partei in sowjetischen Zeiten innehatte.

Wie ein Monarch hat Putin Ratgeber und Höflinge, aber die letztliche Entscheidung liegt stets bei ihm allein. Während der Coronavirus-Pandemie hatte sich der russische Präsident immer stärker isoliert. Er tauschte sich nur noch mit einer kleinen Gruppe nationalistischer Berater aus, wie Nikolai Patruschew, Vorsitzender des russischen Nationalen Sicherheitsrats — den Putin kennt, seit beide Kollegen beim KGB im damaligen Leningrad in den 1970er Jahren waren.

Die Gedankengänge, die Putins Entscheidung für einen Einmarsch untermauerten, sind ebenfalls typisch für den autokratischen Regierungsstil: die Behauptung eines angeblichen nationalen Notstands, der radikales Handeln rechtfertigt; die Verherrlichung von Stärke und Gewalt; die Verachtung für Liberalismus und das Gesetz; und eine personalisierte Herrschaft, die Kritik und konträre Ratschläge unterdrückt.

Insbesondere verstand Putin die Realität des ukrainischen Nationalismus nicht. In einem Essay, das im Sommer 2021 veröffentlicht wurde, bestand der russische Präsident darauf, dass Russen und Ukrainer ein Volk seien. Als jemand, der für eine eigenständige ukrainische Identität nur Verachtung übrig hatte, war er unvorbereitet auf die Heftigkeit, mit der die Ukraine für die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit kämpfen würde.

In den Vereinten Nationen stimmten 141 von 193 Staaten für die Verurteilung der russischen Invasion. Allerdings enthielten sich China und Indien, die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt. Die Russen konnten sich damit trösten, dass die Staaten, die sich entweder enthielten oder Russland unterstützten, zusammengenommen für die Mehrheit der Weltbevölkerung standen.

Putin erhielt auch bedeutende Unterstützung der Mitglieder der informellen Bruderschaft der Autokraten. Noch kurz vor dem Einmarsch pries Donald Trump Putin für seinen Umgang mit der Ukraine-Krise — und lobte das strategische «Genie» des russischen Führers. Wie stets war Trump fasziniert von der Skrupellosigkeit eines echten *strongman* und völlig gleichgültig gegenüber den humanitären und moralischen Implikationen des Krieges.

Zwei Staatsmänner, die Putin kurz vor dem Einmarsch traf, waren Viktor Orbán und Jair Bolsonaro — zwei

strongmen, mit denen er ein enges persönliches Verhältnis hat. Während die Atmosphäre bei den Vorkriegstreffen mit Frankreichs Emmanuel Macron und Deutschlands Olaf Scholz angespannt und antagonistisch verliefen, war die Abschluss-Pressekonferenz mit Orbán fast jovial: der Ungar gab mit der Enge seines Verhältnisses zum russischen Präsidenten an. Bolsonaro, der Trump verehrt hatte, ignorierte eine persönliche Bitte der US-Regierung, auf das Treffen im Vorlauf der Invasion zu verzichten.

Nichtsdestoweniger votierten Ungarn und Brasilien für eine Verurteilung Russlands in den Vereinten Nationen. Aber diese formale Position überdeckte eine tiefer liegende Ambiguität. Einen Monat nach Beginn der Invasion warf die ukrainische Vizepremierministerin Iryna Wereschtschuk Orbán vor, Militärhilfe für die Ukraine zu blockieren und eine «offen pro-russische» Linie zu verfolgen. Wereschtschuk spekulierte sogar, Orbán habe womöglich eigene Absichten, was die Aneignung ukrainischen Territoriums angehe, und träume insgeheim «von unserem Transkarpatien» — eine Anspielung auf Orbáns Hoffnung, eines Tages die Territorien wiederzugewinnen, die Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg verloren hatte.

Zwei andere wichtige Autokraten legten auffälligerweise ebenso große Zurückhaltung an den Tag, wenn es darum ging, Putin zu verdammen. Narendra Modis Indien machte deutlich, dass es nicht die Absicht habe, in dem Disput zwischen Russland und den Vereinigten Staaten Stellung zu beziehen. Viele indische Kommentatoren machten sich das russische Argument zu eigen, dass der Krieg durch die Osterweiterung der NATO provoziert worden sei — eine Haltung, in der sich Indiens Kalte-Kriegs-Sympathien für die Sowjetunion und seine aktuelle Abhängigkeit von russischen Waffenlieferungen widerspiegelte.

Mohammed bin Salman, Saudi-Arabiens Herrscher und langjähriger Bewunderer Putins, lehnte es ab, mit westlichen Staaten zusammenzuarbeiten, um den wirtschaftlichen Druck auf Moskau zu erhöhen. MBS war über den Fokus der US-Regierung auf den Mord an dem Regimekritiker Jamal Khashoggi so verärgert, dass er es ablehnte, auch nur mit US-Präsident Joe Biden zu sprechen. Großbritanniens Premierminister Boris Johnson, der nach Riad geschickt wurde, um das Königreich zu überzeugen, mehr Erdöl auf den Weltmarkt zu bringen, kehrte offenbar mit leeren Händen zurück.

Aber der mit Abstand wichtigste *strongman* für Putin war Xi Jinping. Kurz vor der Invasion hatte Putin Xi in Peking getroffen. Zukünftige Historikerinnen und Historiker mögen herausfinden, was die beiden hinter verschlossenen Türen besprachen. Aber die öffentliche Erklärung, die die beiden Länder nach dem Treffen am 4. Februar herausgaben, war bemerkenswert genug. Russland und China verkündeten, ihre Partnerschaft kenne «keine Grenzen».

Die gemeinsame russisch-chinesische Erklärung wurde durch eine tiefgehende und offenkundige Feindseligkeit gegenüber der amerikanischen Weltmacht untermauert. Die Paranoia, die Xi und Putin in Sachen angeblicher amerikanischer Unterstützung für so genannte «Farbenrevolutionen» teilen, wurde sogar direkt angesprochen. Ganz so wie Putins Russland den Amerikanern vorwarf, sie hätten die Revolution in der Ukraine 2014 organisiert, so glaubte Xis China, die Protestbewegung in Hongkong sei von den Vereinigten Staaten finanziert und angestachelt.

Offenkundig besteht zwischen den beiden Präsidenten, die ihre Länder in ähnlicher Weise beherrschen, auch ein gutes persönliches Verhältnis. Sowohl Xi als auch Putin

haben die Macht zentralisiert, Amtszeitbegrenzungen aufgehoben, Geld in das Militär gepumpt und einen Personenkult befördert. Beide teilen die Vorstellung, dass Beziehungen zwischen Großmächten am besten per Deals zwischen den Potentaten an der Spitze gemanagt werden. Der Russlandexperte Alexander Gabuew sprach von «Zar und Kaiser».

Die Feindschaft gegenüber den Vereinigten Staaten, die den Kitt des Xi-Putin-Verhältnisses ausmachte, bedeutete, dass China sicherlich einen schnellen russischen Sieg in der Ukraine begrüßt hätte. Nach dem Debakel in Afghanistan hätte ein russischer Triumph Amerika einmal mehr machtlos und schwach erscheinen lassen — was gut in Pekings Lieblingsnarrativ vom unumkehrbaren Niedergang der US-Macht gepasst hätte.

Putins Rückschläge in der Ukraine verkomplizierten dagegen Xis Leben deutlich. Die westliche Allianz sah auch einmal stärker und vereinter aus, als das in den Jahren zuvor der Fall gewesen war. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten enthüllten ein neues Arsenal an Wirtschaftssanktionen — die potenziell sehr bedrohlich waren, sogar für Peking. China musste die Nachricht verdauen, dass Russland infolge der Sanktionen Zugriff auf seine Auslandsreserven verloren hatte. China hält die größten Auslandsreserven in der Welt und hat dieses Vermögen stets als Versicherungspolice betrachtet, sollte das Land in eine Krise geraten. Der Krieg in der Ukraine führte Peking nun vor, dass es im Falle eines geopolitischen Konflikts mit den Vereinigten Staaten den Zugriff auf seinen Schatz an Auslandsreserven über Nacht verlieren könnte.

China ist weit davon entfernt, in Sachen Energie oder Nahrungsmittel autark zu sein. Seit Jahrzehnten sorgt es sich um das «Malakka-Dilemma» — die Gefahr, dass die

US-Marine China mit einer Blockade belegen könnte, indem sie die Schifffahrtslinien unterbrechen würde. Chinas gewaltige Investitionen in seine eigene Kriegsmarine sind teilweise darauf gerichtet, diese Möglichkeit zu verhindern. Doch nun muss Peking auch mit der Möglichkeit rechnen, dass die Auslandsreserven des Landes eingefroren werden — womöglich in Kombination mit anderen Finanzsanktionen —, was genauso bedrohlich sein könnte wie eine Seeblockade, die China vom Import wichtiger Güter abschneiden würde.

Es ist frustrierend für Xi, dass es dafür keine einfachen Lösungen gibt. Die offensichtliche Antwort wäre, dass China seinen Handel überwiegend in der Landeswährung Renminbi abwickelt. Davor ist Peking allerdings bislang zurückgeschreckt, denn den Renminbi vollständig konvertibel zu machen, könnte zu einer destabilisierenden Kapitalflucht aus China führen.

Der Fakt, dass die Europäische Union, das Vereinigte Königreich, die Schweiz, Südkorea, Japan und Singapur die Finanzsanktionen gegen Russland mittragen, hat dazu geführt, dass sich eine gemeinsame Front fortgeschrittener Demokratien gebildet hat, womit Peking nicht gerechnet hatte. China hat sich wiederholt direkt mit den Vereinigten Staaten verglichen und einen Meilenstein nach dem anderen abgehakt: größte Handelsmacht, größte Volkswirtschaft gemessen an der Kaufkraft, größte Kriegsmarine. Aber wenn sich China jetzt nicht nur mit Amerika, sondern auch noch mit Europa, Japan, Kanada und Australien messen muss, dann sieht Pekings Position weit weniger mächtig aus.

Die Sanktionsgefahr war durchaus nicht theoretisch. Als Moskau in wirtschaftliche und militärische Schwierigkeiten geriet, bat es Peking um Hilfe — Berichten zufolge fragte es nach Wirtschafts- und sogar nach Militärhilfe. In

Antwort darauf veröffentlichte die Biden-Regierung eine klare Warnung: China müsse mit Sekundärsanktionen rechnen, sollte es Russland dabei behilflich sein, die Sanktionen zu umgehen oder den Krieg gegen die Ukraine zu führen.

Die Drohung, dass Hilfe für Russland zu einer Konfrontation mit Amerika führen könnte, stellte Xi vor ein schwieriges Dilemma. Würde Xi Russland Hilfe verweigern, würde sich sein Versprechen an Putin, dass es «keine Grenzen und verbotenen Zonen der Zusammenarbeit» zwischen beiden Ländern geben werde, hohl klingen. Viele chinesische Nationalisten argumentieren zudem, dass Amerika China im Endeffekt auffordern würde, gegen den eigenen engsten Verbündeten vorzugehen — und sollte Russland erst geschlagen sein, sich dann gegen das nunmehr isolierte China wenden würde. Aus dieser Sicht wäre es sowohl moralisch als auch strategisch ein Fehler von Peking, Russland nun im Stich zu lassen. Wenn aber andererseits Xi sich zu offen auf Putins Seite schlagen würde, würde er eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten riskieren — lange bevor China die wirtschaftlichen und militärischen Vorbereitungen getroffen hätte, sich gegen die Auswirkungen westlicher Sanktionen abzuschirmen.

Gegenüber dieser schwierigen Entscheidung hüllte sich Xis China zunächst in Schweigen und Mehrdeutigkeit. Die klügste Politik für China schien darin zu bestehen, die Entwicklungen von der Seitenlinie genau zu beobachten und die eigene Politik daran anzupassen.

Aus Sicht der Vereinigten Staaten schien der Krieg in der Ukraine eine perfekte Illustration des epochalen Zusammenstoßes zwischen Demokratie und Autoritarismus zu sein, den Biden zum zentralen Thema seiner Präsidentschaft gemacht hatte. Bidens Bereitschaft, Putin

als «Kriegsverbrecher» zu bezeichnen und zu seiner Entfernung aus dem Amt aufzurufen, wurde vielfach dafür kritisiert, die konfrontative Atmosphäre anzuheizen. Dennoch spiegelten sie die Überzeugung des Präsidenten wider, dass Erfolg oder Scheitern von Putins Invasion der Ukraine den Ton der Weltpolitik für die kommenden Jahrzehnte vorgeben werde.

Bidens Urteil war sicherlich richtig. In historischer Perspektive war die Herrschaft von Autokraten stets mit Gewalt, Eroberung und Anarchie in der internationalen Politik verbunden. In den 1930er Jahren stürzten *strongmen* wie Benito Mussolini, Francisco Franco, Josef Stalin und Adolf Hitler ihre Nationen und die Welt in den Krieg,

Putins Überfall auf die Ukraine wiederholte dieses tödliche Muster. Er veranlasste die Vereinigten Staaten und die EU, endlich gegen den Autoritarismus zu kämpfen. Bei all den Schrecken, die mit Russlands Invasion verbunden sind, könnte der Krieg zum globalen Wendepunkt werden — in einem positiven Sinne. Das Zeitalter der Autokraten begann mit Wladimir Putin. Wenn sein Krieg gegen die Ukraine Erfolg hat, wird der *strongman*-Stil, den er verkörpert, weiter an Prestige gewinnen und weitere Nachahmer in der ganzen Welt finden. Aber wenn Putin in der Ukraine besiegt wird, könnte sein Scheitern den Anfang vom Ende des Zeitalters der Autokraten einläuten.

London, im Frühsommer 2022

EINLEITUNG

Im Frühjahr 2018 bereitete das Weiße Haus ein Gipfeltreffen zwischen Donald Trump und Kim Jong-un vor. Im Old Executive Office, in dem der Nationale Sicherheitsrat des Präsidenten angesiedelt ist, sagte mir ein Trump-Mitarbeiter mit schiefem Lächeln: «Der Präsident hat eine Vorliebe dafür, persönlich mit autokratischen Führern zu sprechen.»

Trumps Diktatorenliebe ließ selbst enge Mitarbeiter sich vor Verlegenheit winden. Was im Weißen Haus unausgesprochen blieb, war die Tatsache, dass Trump selbst einige autokratische Allüren in das Herz der größten Demokratie der Welt verpflanzt hatte. Die wilde Rhetorik des Präsidenten, sein Gefallen an Militärparaden, seine Toleranz für Interessenkonflikte und Intoleranz gegenüber journalistischen Medien und der Justiz sind allesamt Attribute eines autokratischen Politikstils — ein «*strongman style*», der bis vor kurzem den gefestigten Demokratien des Westens vollkommen fremd schien.

Aber Trump war auf der Höhe seiner Zeit. Seit dem Jahr 2000 ist der Aufstieg der Autokraten zentrales Element der internationalen Politik. In so unterschiedlichen Hauptstädten wie Moskau, Peking, Neu-Delhi, Ankara, Budapest, Warschau, Manila, Riad und Brasilia sind solche *strongmen* (und es handelt sich bislang ausnahmslos um Männer) an die Macht gekommen.

Typischerweise sind diese Autokraten Nationalisten und kulturelle Konservative, die für Minderheiten, Widerspruch

und die Interessen von Ausländerinnen und Ausländern wenig übrig haben. Daheim behaupten sie, an der Seite der «einfachen Leute» gegen die «globalisierten Eliten» zu stehen. Auf der Weltbühne nehmen sie für sich in Anspruch, ihre Nation zu repräsentieren. Und stets pflegen sie dabei einen gewissen Personenkult.

Das neue Zeitalter der Autokraten begann lange bevor Trump ins Weiße Haus einzog. Und es wird die Weltpolitik noch lange nach Trump bestimmen. Die beiden aufstrebenden Supermächte des 21. Jahrhunderts, China und Indien, sind autokratischen Regierungschefs anheimgefallen. Wenngleich sie in sehr unterschiedlichen politischen Systemen operieren, führen Xi Jinping und Narendra Modi ihre Länder in einem stark personalisierten Stil. Sie setzen auf Nationalismus, bedienen sich einer Rhetorik der Stärke und sind dem Liberalismus vehement feindlich gesinnt. Die beiden wichtigsten Mächte an den östlichen Grenzen der Europäischen Union, Russland und die Türkei, werden von *strongmen* beherrscht: Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdoğan sind mittlerweile rund 20 Jahre an der Macht.

Der *strongman style* hat selbst vor den Grenzen der EU keinen Halt gemacht und sich in Viktor Orbáns Ungarn und Jarosław Kaczyński s Polen festgesetzt. Selbst Boris Johnson im Vereinigten Königreich hat mit dem autokratischen Politikstil zumindest geflirtet, wenn es um sein Verhältnis zum Recht, zur Diplomatie und zu Widerspruch in den eigenen politischen Reihen geht. Die beiden größten Länder Lateinamerikas, Brasilien und Mexiko, werden derzeit von Jair Bolsonaro und Andrés Manuel López Obrador (AMLO genannt) regiert. Bolsonaro steht politisch weit rechts, AMLO zählt zur populistischen Linken. Dennoch passen beide in das Autokraten-Modell,

befördern einen Kult um ihre Person und verachten die staatlichen Institutionen.

Dieses internationale Muster verdeutlicht ein zentrales Thema dieses Buches: Der *strongman*-Stil findet sich nicht mehr nur in autoritären Systemen, sondern ist auch in Wahldemokratien verbreitet. Ein autokratischer Führer, der wie Trump in einer Demokratie operiert, trifft auf institutionelle Beschränkungen, die Xi Jinping oder Wladimir Putin nicht kennen. Aber die Instinkte eines Donald Trump, eines Rodrigo Duterte auf den Philippinen oder eines Jair Bolsonaro sind denen der chinesischen und russischen Staats- und Regierungschefs beängstigend ähnlich.

Der Aufstieg der Autokraten hat die Weltpolitik fundamental verändert. Wir erleben den nachhaltigsten globalen Angriff auf die Werte der liberalen Demokratie seit den 1930er Jahren. Aus den Ruinen des Zweiten Weltkriegs stieg die Freiheit empor und breitete sich 60 Jahre lang auf der ganzen Welt aus. Stets gab es Rückschritte, und die Definition dessen, was Demokratien ausmachte, blieb immer etwas unpräzise. Aber alles in allem war klar, wohin die Reise ging. 1945 gab es nur zwölf Demokratien auf der Welt. 2002 war ihre Zahl auf 92 geklettert und übertraf erstmals die Zahl der Autokratien.¹

Seitdem hat die Gruppe der Länder, die formal als Demokratien definiert werden, ihren kleinen Vorsprung gegenüber den autokratischen Regimen verteidigt. Aber der Prozess demokratischer Erosion hat begonnen. Die Organisation Freedom House, die Jahr für Jahr den Zustand politischer Freiheit rund um Welt bemisst, wies 2020 darauf hin, dass die globale Verbreitung politischer Freiheit zum 15. Mal in Folge rückläufig gewesen sei. Nachdem sie nach Ende des Kalten Kriegs kurzzeitig hochschnellte, wandte sich das Blatt 2005. Seitdem ist die Zahl der

Länder, in denen politische und zivile Freiheiten zurückgegangen sind, stets größer gewesen als die derjenigen, in denen sie ausgebaut wurden. Wie Freedom House es ausdrückte: «Die lange demokratische Rezession vertieft sich.»² Der Aufstieg der Autokraten ist essenzieller Teil dieses Prozesses. Denn der politische Stil der *strongmen* stellt die Führerinstinkte über das Gesetz und die Institutionen.

Die Autokraten von heute haben es mit einer gänzlich anderen globalen politischen Landschaft zu tun als die Diktatoren der 1930er Jahre. Kriege zwischen den großen Mächten sind nicht mehr an der Tagesordnung. Die Globalisierung hat die Weltwirtschaft transformiert. Die Verbreitung internationalen Rechts hat Erwartungen geweckt, wie sich Politikerinnen und Politiker auf der Weltbühne verhalten sollten. Die Technologien des 21. Jahrhunderts geben Autokraten dagegen neue Möglichkeiten der direkten Massenkommunikation an die Hand, und auch gefährliche Instrumente für soziale Kontrolle — insbesondere solche, die es ermöglichen, die Bewegungen und das Verhalten von Bürgerinnen und Bürgern zu überwachen. Der Einsatz solcher Mittel dürfte die autoritäre Wende des 21. Jahrhunderts noch weiter befördern.

Joe Biden hat die weltweite Förderung der Demokratie zum zentralen Ziel seiner Präsidentschaft gemacht. Aber er ist inmitten des Zeitalters der Autokraten an die Macht gekommen. Populistische und autoritäre Führungspersönlichkeiten prägen heute die Entwicklung der Weltpolitik. Sie reiten auf einer Welle des neuerwachten Nationalismus sowie der kulturellen und territorialen Konflikte, die zu gewaltig sein könnte, als dass sie sich durch Bidens Rückkehr zur Betonung liberaler Werte und amerikanischer Führung aufhalten ließe.

In den Vereinigten Staaten selbst hat Bidens Wahlsieg keineswegs das Ende des autokratischen Politikstils markiert. Donald Trump schnitt bei den Präsidentschaftswahlen 2020 gut genug ab, um direkt für eine erneute Kandidatur 2024 in Gespräch gebracht zu werden. Selbst wenn sich Trump aus der ersten Reihe der US-Politik zurückziehen sollte, dürften zukünftige republikanische Kandidaten die politische Formel zu übernehmen, die er identifiziert hat.

Chinesische Nationalisten stellen Biden regelmäßig als alten, schwachen Präsidenten hin, der ein Amerika regiert, das vor einem irreversiblen Niedergang steht. Im Gegensatz dazu präsentiert sich China als aufstrebende Macht, angeführt von einem starken und energischen Politiker. In der sich abzeichnenden neuen Weltordnung mag der chinesische Präsident bald mit jenem Titel versehen werden, der bislang routinemäßig dem US-Präsidenten angetragen wurde — der des «mächtigsten Manns der Welt».

Bidens größte Herausforderung als Präsident wird darin bestehen, die Lebendigkeit der liberalen Demokratie daheim und in der Welt unter Beweis zu stellen. Sollte er scheitern, dürfte die Biden-Präsidentschaft nur ein Zwischenspiel im Zeitalter der Autokraten sein.

Wenn die politisch Liberalen das Ringen mit der *strongmen*-Politik gewinnen wollen, müssen sie verstehen, womit sie es zu tun haben. Dieses Buch versucht, Antworten auf drei zentrale Fragen des autokratischen Zeitalters zu beantworten. Wann verfestigte sich dieser Politikstil? Welche sind seine wichtigsten Charakteristika? Und warum ist ihm ein solcher Siegeszug gelungen?

Wladimir Putin kam am 31. Dezember 1999 in Russland an die Macht. Er wurde zu einem wichtigen Symbol und sogar Inspiration für eine neue Generation angehender Autokraten, die seinen Nationalismus, seinen Wagemut, seinen Willen, Gewalt anzuwenden, und seine Verachtung für «politische Korrektheit» bewundern.

Doch in den frühen Tagen seiner Regierung legte Putin viel Wert darauf, als verlässlicher Partner in der etablierten Weltordnung wahrgenommen zu werden. Als Bill Clinton ihn im Juni 2000 im Kreml besuchte, erklärte der US-Präsident seinen Amtskollegen als «vollkommen in der Lage, ein wohlhabendes, starkes Russland aufzubauen und damit die Freiheit, den Pluralismus und den Rechtsstaat zu erhalten».³ Bei seinem ersten Treffen mit George W. Bush 2001 beeindruckte Putin den amerikanischen Präsidenten, der feststellte: «Wir haben einen sehr guten Dialog geführt. Ich habe in seine Seele geblickt.»

Zum Gegenspieler der von den Vereinigten Staaten geführten Weltordnung wurde Putin erst 2007, als in einer Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz Amerika verdammt, gefolgt von dem russischen Militärschlag gegen das benachbarte Georgien 2008. Danach schien Putins bombastischer und aggressiver Politikstil gegenüber dem vorsichtigen Pragmatismus eines Barack Obama, einer Angela Merkel oder eines Hu Jintao aus der Zeit gefallen. Merkel bezeichnete Putin als jemanden, der Probleme des 21. Jahrhunderts mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts lösen wollte.⁴ Statt sich aber als Anachronismus herauszustellen, wurde Putin zum Vorboten einer neuen Zeit. Symbolträchtig war er ja genau zu Beginn des 21. Jahrhunderts an die Macht gekommen.

2003, drei Jahre nach Putins Machtübernahme in Russland, wurde Recep Tayyip Erdoğan türkischer Premierminister. Wie bei Putin dauerte es eine Weile, bis

dessen Übernahme des *strongman style* offensichtlich wurde. Zunächst galt Erdoğan im Westen als liberaler Reformier, doch über die folgenden zwei Jahrzehnte seiner Herrschaft wurde er immer mehr zum Autokraten — er warf Journalistinnen und Journalisten sowie politische Rivalen ins Gefängnis, säuberte die Armee, die Gerichte und die Beamenschaft und ließ sich selbst einen gewaltigen Palast in Ankara bauen, während sein Weltbild immer paranoider und verschwörungstheoretischer wurde.

Russland und die Türkei sind große Länder, ihre wirtschaftliche Kraft qualifiziert sie für die Mitgliedschaft in den G20. Aber sie sind beide keine Supermächte mehr. Der Moment, als sich die Welt der Autokraten wirklich formte, ist am besten im Jahr 2012 zu verankern: das Jahr, an dem Xi Jinping in China an die Macht kam.

In den Jahrzehnten nach Mao Zedongs Tod 1976 hatte sich die Chinesische Kommunistische Partei vorsichtig auf einen Weg der kollektiven Führung begeben. Doch obwohl China nun ein ungleich reicheres und höher entwickeltes Land war als zu Zeiten Maos, hegt Präsident Xi offenkundig nostalgische Gefühle für einige der maoistischen Elemente seiner Jugend. Unter seiner Führung begann der Propagandaapparat der KP einen Personenkult um Xi dada («Onkel Xi») zu kreieren. Xis Schritt zum ausgewachsenen Autokraten war zementiert, als 2018 die Zeitbeschränkung für die Amtszeit von Präsidenten aufgehoben wurde; potenziell kann Xi bis Lebensende regieren.

Asiens andere aufstrebende Supermacht, Indien, folgte einem ähnlichen Pfad, mit dem Wahlsieg von Narendra Modi 2014, dem Chef der nationalistischen Hindupartei BJP. Als Oppositionsführer war Modi bereits derart umstritten, dass er nicht in die Vereinigten Staaten einreisen durfte, wegen seiner Rolle bei einem gegen Muslime gerichteten Pogrom 2002 in seinem Heimatstaat

Gujarat. Als Indiens Premier positionierte er sich als Mann, der sich den Feinden seiner Nation daheim und in der Welt entgegenstellen würde. Seine Bereitschaft, 2019 vermutete Terroristenverstecke in Pakistan bombardieren zu lassen, begeisterte viele in Indien und legte den Grundstein für eine erfolgreiche Wiederwahlkampagne, in deren Verlauf Modi seinen Wähler versicherte: «Wenn Sie den Lotus [das Symbol seiner Partei] wählen, dann geben Sie nicht nur Ihre Stimme ab, sondern drücken den Abzug, um Terroristen in den Kopf zu schießen.»

2015 feierte der *strongman style* innerhalb der Europäischen Union, die sich als Club liberaler Demokratien versteht, einen wichtigen Durchbruch. In dem Jahr wurde Viktor Orbán, Ungarns sich immer autokratischer gebärdender Premierminister, zum Helden der populistischen Rechten, indem er sich an die Spitze einer Kampagne setzte, die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten zu verhindern. Im gleichen Jahr gewann die rechtsgerichtete Partei Recht und Gerechtigkeit, geführt von Jarosław Kaczyński, sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen in Polen.

Europas Migrationskrise bildete auch den Hintergrund für das Brexit-Referendum in Großbritannien im Juni 2016. Die «*Leave*»-Kampagne, angeführt von Boris Johnson, nutzte die Furcht vor muslimischer Einwanderung und stellte die falsche Behauptung auf, dass die Türkei kurz vor dem Beitritt zur EU stehe und Großbritannien eine Flut neuer Einwanderer beschere. Der Slogan, den *Vote Leave* wählte, «*Take Back Control*» (ungefähr: «Hol dir die Kontrolle zurück»), entpuppte sich als schlagkräftig und brachte der Kampagne einen überraschenden Sieg ein. Steve Bannon, Trumps Kampagnenchef 2016, behauptete später, er hätte gewusst, dass Donald Trump zum

Präsidenten gewählt werden würde, als Großbritannien für den Brexit stimmte.

Als Trump dann tatsächlich im November 2016 gewann und in das Weiße Haus einzog, folgte er gewissermaßen einem bereits etablierten globalen Trend. Aber die einzigartige wirtschaftliche und kulturelle Kraft der Vereinigten Staaten bedeutete, dass Trumps Aufstieg die Atmosphäre in der Weltpolitik veränderte, den *strongman style* stärkte und legitimierte und eine Welle der Nachahmer auslöste.

Trump's erste Auslandsreise als Präsident führte ihn im Mai 2017 nach Saudi-Arabien; im gleichen Jahr wurde Kronprinz Mohammed bin Salman der De-facto-Herrscher des Landes — der reichsten und mächtigsten arabischen Nation. Schnell baute er sich ein globales Image auf, was innerhalb der geheimniskrämerischen und introvertierten saudischen Königsfamilie ohne Beispiel war. Manche im Westen feierten MBS, wie er genannt wurde, als den autoritären Reformen, den Saudi-Arabien bräuchte — bis der Mord und die Zerstückelung von Jamal Khashoggi, einem kritischen Journalisten, die westlichen Fans des Kronprinzen schockte. Als MBS dann von einem lachenden Wladimir Putin beim nächsten G20-Treffen umarmt wurde, schien die Szene die Recht- und Straflosigkeit des neuen autokratischen Zeitalters auf den Punkt zu bringen.

Brasilien, das größte Land Lateinamerikas, fiel 2018 dem autokratischen Politikstil anheim, als Jair Bolsonaro zum Präsidenten gewählt wurde. Der «Trump der Tropen» hatte seine bisherige politische Karriere überwiegend im Schatten und am obskuren rechten Rand verbracht, um dann recht plötzlich zum Präsidenten aufzusteigen, indem viele Themen und Slogans des Trumpismus übernahm — wie die Verdammung von «politischer Korrektheit», «Globalismus», die «Fake-News-Medien» und

Umweltorganisationen und die Unterstützung für das Tragen von Waffen, für Evangelikale, Großgrundbesitzer und den Staat Israel.

Afrika schien derweil dem Vormarsch der Autokraten vorerst keinen Vorschub zu leisten. Abiy Ahmed, der neue Premierminister Äthiopiens — das zweitbevölkerungsreichste Land des Kontinents — gewann internationales Ansehen, indem er politische Gefangene freiließ und den langen Krieg mit dem Nachbarland Eritrea beendete. 2019 gewann er den Friedensnobelpreis. Doch im folgenden Jahr befahl er eine Militärkampagne gegen Rebellen in der Provinz Tigray, die zu Tausenden Toten und Vorwürfen von Kriegsverbrechen führte. Abiys Wende gab Anlass zur Sorge, er würde der nächste vom Westen als liberaler Reformler gelobte Staatsmann, der sich in einen Autokraten verwandelte.

Die Tendenz westlicher Beobachter, viele *strongmen* anfänglich für Liberale zu halten, fügt sich zu einem gewissen Muster. Als Erdoğan in der Türkei an die Macht kann, beschrieb ihn die *New York Times* als «einen islamischen Politiker, der auf demokratischen Pluralismus setzt».⁵ In ähnlicher Weise sagte der *New-York-Times*-Kolumnist Nicholas Kristof 2013 voraus, dass Xi «sich an die Spitze neuer Wirtschaftsreformen und wahrscheinlich auch weiterer politischer Öffnung» setzen werde. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, das Mausoleum Mao Zedongs könnten vom Platz des Himmlischen Friedens entfernt werden.⁶ Zwei Jahre später beschrieb Kristofs einflussreicher Kollege Thomas Friedman Kronprinz Mohammed bin Salman als reformerischen Wirbelwind, «von der Mission beseelt, die Regierungsführung in Saudi-Arabien zu transformieren».⁷ Als 2017 die Klagen über MBS' Menschenrechtsverletzungen lauter wurden, schien Friedman diese Einwände vom Tisch zu wischen, als er

schrieb: «Perfekt ist nicht im Angebot. Irgendjemand muss die Aufgabe erledigen, Saudi-Arabien ins 21. Jahrhundert zu schleifen.»⁸

Und dann gab es da noch diesen britischen Journalisten, der den Aufstieg Narendra Modis 2014 mit folgenden Worten willkommen hieß: «Indien braucht einen Stromschlag, und Modi ist ein Risiko, das wert ist, es einzugehen.» Wer das war? Ich. Damals fand ich den Lebensweg Modis vom einfachen Teehändler zum Premierminister «aufregend».⁹ Nachdem ich Modis leichtfertigen Umgang mit Menschenrechten aus der Nähe betrachten konnte, würde ich meine Worte vorsichtiger wählen.

Beim Rückblick auf diesen Katalog der naiven Voraussagen und enttäuschter Hoffnungen stellt sich die Frage, warum westliche Kommentatorinnen und Kommentatoren so oft falschlagen. Aus meiner Sicht war es wohl eine Mischung aus übergroßem Vertrauen in die Kraft liberaler politischer und ökonomischer Ideen, die aus dem «Sieg» im Kalten Krieg erwachsen, und Wunschdenken. Im Ergebnis hinkten westliche Meinungsmacher hinterher, wenn es darum ging, den globalen, gegen den Liberalismus gerichteten Umschwung zu erkennen. Mit Beginn der 2020er Jahre, eine Generation nach Putins Machtübernahme, konnte man nicht mehr übersehen, was sich abspielte. Liberale Werte wie freie Meinungsäußerung, die Unabhängigkeit der Justiz und Minderheitenrechte waren in der ganzen Welt bedroht und auf dem Rückzug.¹⁰

Dieser ernüchternde Trend führt zu zwei weiteren Fragen: Was ist autokratische Politik und warum ist sie auf dem Vormarsch?

Das Argument, dass wir in einer Welt der Autokraten leben, lädt zu einem offensichtlichen Widerspruch ein: Kann man demokratisch gewählte Politiker wie Trump und Modi mit ungewählten *strongmen* wie Xi und MBS vergleichen?

Bei solchen Vergleichen muss man vorsichtig und verhältnismäßig vorgehen, aber ich denke, dass sie gerechtfertigt sind — und tatsächlich wichtig. Die *strongmen*, die in diesem Buch vorkommen, sind Teil eines Kontinuums. Auf der einen Seite stehen unangreifbare Autokraten wie die Staatschefs Chinas und Saudi-Arabiens. Dann gibt es Figuren, die gewissermaßen in der Mitte stehen wie Putin und Erdoğan. Sie sind, zumindest formal, manchen Beschränkungen einer Demokratie unterworfen, wie Wahlen und in begrenztem Umfang freien Medien; aber sie können Gegner ins Gefängnis werfen und jahrzehntelang regieren. Und dann gibt es Politiker, die in Demokratien operieren, demokratische Normen aber mit Füßen treten und darauf zielen, sie zu zerstören: Trump, Orbán, Modi und Bolsonaro bilden das andere Ende des Spektrums.

Allerdings ist dieses Buch nicht als Diktatoren-Führer gedacht. Während ich *strongmen* wie Donald Trump und Benjamin Netanjahu betrachte, kommen Tyrannen wie Nordkoreas Kim Jong-un oder brutale Staatschefs wie Alexander Lukaschenko in Belarus oder Hun Sen in Kambodscha nicht vor. *Welt der Autokraten* beschreibt den Aufstieg einer neuen Generation und eines neuen Typus nationalistischer und populistischer Politiker, verbunden durch ihre Verachtung des Liberalismus und ihre Übernahme neuer Methoden autokratischer Herrschaft. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist das «*strongman*-Phänomen» in fast allen Machtzentren der Welt angekommen: in den Vereinigten Staaten, in China, Russland und Indien, in der Europäischen Union und in

Lateinamerika. Im Unterschied dazu kontrollieren Hun Sen und Lukaschenko kleine Staaten und waren bereits in den 1990er Jahren an der Macht; die Kim-Dynastie beherrscht Nordkorea bereits seit 1948. Beim Wandel des weltpolitischen Klimas der vergangenen 20 Jahre haben sie keine Rolle gespielt.

Manche Leserinnen und Leser in Großbritannien werden die Augenbrauen hochziehen, wenn sie sehen, dass auch Boris Johnson sich auf der Liste der neuen Autokraten findet. Anhänger des Premierministers und des Brexit werden dies als ungerechtfertigte Beleidigung ansehen. Aber als Johnson endlich seine Ambition auf das Regierungsamt 2019 erfüllen konnte, präsentierte er sich als *strongman*: als jemand, der stark genug sei, den Brexit «durchzuziehen», was immer auch dazu notwendig war. Als Hinterbänkler hatte er Donald Trumps Ansatz für Diplomatie als sein Modell bezeichnet, mit der EU umzugehen. Als Premierminister unternahm er Dinge, vor denen seine Vorgängerin Theresa May zurückgeschreckt war, darunter führende Mitglieder aus seiner Partei auszuschließen und dem Parlament per Vertagung eine Zwangspause zu verordnen, ein Schritt, der schnell als verfassungswidrig verurteilt wurde. Trump sah sich Johnson verbunden und nannte ihn «Britten-Trump»; Joe Biden stimmte zu und nannte Johnson «einen physischen und emotionalen Klon» Trumps.¹¹ Der Brexit, Johnsons zentrales Anliegen, war ein großer Moment des Backlash gegen den globalen Liberalismus.

Das Unbehagen gegenüber demokratisch gewählten *strongmen* ist deshalb so groß, genau weil ihr Verhalten und ihre Rhetorik so deutlich mit denen der ungewählten Autokraten überlappt. Es ist bemerkenswert, dass Menschen mit der genuinen Erfahrung autokratischer Systeme zu den ersten zählten, die vor Donald Trump

warnten, insbesondere russische Exilanten wie der frühere Schachweltmeister Garri Kasparow und die Journalistin Masha Gessen beschrieben sehr klar, inwiefern Trumps Verhalten sie an das Putins erinnerte.¹² * Aber die Vereinigten Staaten waren keineswegs die einzige Abweichung in der demokratischen Welt. Andere demokratische Systeme, die auf Institutionen, Gesetzen und politischen Parteien basieren, begannen ebenfalls, *strongmen* wie Modi, Bolsonaro und Duterte hervorzubringen.

Dieser internationale Trend zu stärker personalisierter Politik hat dazu geführt, dass es schwieriger geworden ist, eine klare Linie zwischen der autokratischen und der demokratischen Welt zu ziehen. Traditionell haben US-Präsidenten unterschieden zwischen der «freien Welt» (mit Amerika an der Spitze) und undemokratischen Ländern. Aber Donald Trump hat diesen Gegensatz heruntergespielt. Als ihm 2015 vorgehalten wurde, dass Präsident Putin (den er gerade gelobt hatte) Journalisten und Oppositionelle habe umbringen lassen, antwortete Trump: «Ich denke, unser Land bringt auch eine Menge Leute um.»¹³ Als Präsident vertraute er Bob Woodward an: «Ich verstehe mich sehr gut mit Erdoğan. ... Je härter und gemeiner sie sind, desto besser verstehe ich mich mit ihnen.»

Anstatt die freie Presse als essentiellen Teil demokratischer Gesellschaften zu verteidigen, verlegte sich Trump darauf, sie als «*fake news media*» zu verunglimpfen. Und anstatt Amerikas unabhängige Gerichte und freie Wahlen zu loben, griff Trump Richter als voreingenommen an, wenn Urteile zu seinen Ungunsten ergingen, und versuchte, das Ergebnis der Präsidentschaftswahl von 2020 wegen angeblichen Betrugs zu kippen. Trumps Verhalten und Sprache wurden von anderen Politikern in demokratischen Ländern übernommen. Sowohl Netanjahu